NIEDERSCHRIFT Rat/007/2015

über die Sitzung des Rates der Stadt Billerbeck am 26.03.2015 im Kultursaal der Alten Landwirtschaftsschule.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Frau Heike Ahlers
Herr Matthias Ahlers
Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Bernd Kösters
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Peter Rose
Herr Thomas Schulze Temming
Herr Franz-Josef Schulze Thier
Frau Birgit Schulze Wierling
Herr Werner Wiesmann
Frau Sarah Bosse
Herr Roman Gerding
Herr Winfried Heymanns
Frau Margarete Köhler
Herr Carsten Rampe
Herr Thomas Tauber
Herr Thomas Walbaum
Herr Ralf Flüchter
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker
Herr Dr. Rolf Sommer
Herr Helmut Knüwer
Herr Helmut Geuking

ab Verlauf zu TOP
2. ö. S.

Entschuldigt fehlt:

Herr Hans-Günther Wilkens

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:25 Uhr

Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen und gedenken in einer Schweigeminute der bei dem Flugzeugabsturz am 24.03.2015 ums Leben gekommenen Opfer.

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2. Fraktionsantrag der SPD Fraktion vom 25.03.2014 hier: Organisationsgutachten Verwaltung

Frau Dirks verweist auf die Vorberatungen in den HFA-Sitzungen.

Frau Mollenhauer erklärt, dass die CDU-Fraktion nach wie vor die Entscheidung über das Organisationsgutachten bis nach den Bürgermeisterwahlen zurückstellen wolle. Hierfür gebe es etliche Gründe, die sie in der HFA-Sitzung am Dienstag genannt habe. Darüber hinaus habe sie sich noch einmal mit dem SPD-Antrag beschäftigt. Dieser beinhalte eine allumfassende Überprüfung sämtlicher Verwaltungsstrukturen. Sie wehre sich nicht grundsätzlich gegen ein Organisationsgutachten und könne sich vorstellen, in Teilbereichen zu beginnen; die Ergebnisse ließen sich vielleicht auf andere Bereiche übertragen, ohne dass jeder Bereich einzeln überprüft werden müsse. Das wäre bis zur Bürgermeisterwahl im September sowieso nicht zu schaffen.

Außerdem habe Herr Tauber ihr vorgeworfen, dass die CDU-Fraktion eine Kehrtwende mache. Dem halte sie entgegen, dass sie zwar am 10.04.2014 geäußert habe, dass sie grundsätzlich bereit sei, über den Fraktionsantrag zu diskutieren. Wie üblich würden Fraktionsanträge vom Rat in die zuständigen Ausschüsse verwiesen und dann dort in Ruhe beraten. Bei dieser Beratung hätten sich Fragen aufgetan, die schließlich dazu geführt hätten, dass die CDU-Fraktion den Antrag nicht mittrage. Herr Tauber sollte mit seinen Worten ein bisschen vorsichtiger sein; unter „Kehrtwende“ verstehe sie etwas anderes.

Herr Tauber macht deutlich, dass er sich heute einen Grundsatzbeschluss für ein Organisationsgutachten wünsche. In dem Fraktionsantrag seien die Vorteile eines solchen Gutachtens umfangreich benannt, diese seien auch allseits anerkannt worden. Dabei gehe es nicht um eine Feinanalyse, sondern zunächst um eine Grobanalyse, wie tief man dann einsteige, hätte er gerne im HFA gemeinsam erörtert.

Schließlich sei über den Zeitpunkt diskutiert und ein Konsens bis nach der Bürgermeisterwahl gefunden worden. Des Weiteren sei gesagt worden, dass die vier Anbieter nicht überzeugt hätten. Seitens der Verwaltung sei darauf hingewiesen worden, dass es nicht viel mehr Dienstleister gebe. Man könne darüber streiten, ob vielleicht noch ein privater Anbieter hinzugezogen werde. Hier fehle ihm ein konkreter Vorschlag seitens der CDU-Fraktion.

Aufgrund des abrupten Stopps ohne nachvollziehbare Gründe habe er von „Kehrtwende“ gesprochen.

Frau Bosse bezeichnet das Vorgehen der CDU-Fraktion ebenfalls als Kehrtwende, die sie nicht nachvollziehen könne. Der SPD-Antrag habe damals auch schon vorgelegen, sie wundere sich, dass der CDU jetzt erst auffalle, wie umfangreich er sei. Diesen zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen, finde sie seltsam. Heute sollte zumindest eine Grundsatzklärung für ein Organisationsgutachten abgegeben werden.

Frau Rawe macht deutlich, dass sie nicht verstehe, warum die Entscheidung vertagt und in einem Jahr neu beraten werden soll. Entweder wolle man ein Gutachten oder nicht.

Herr Knüwer spricht sich dafür aus, heute einen Grundsatzbeschluss für die Erstellung eines Organisationsgutachtens zu fassen. Inhaltlich sollte man sich auf die Überprüfung der Prozesse beschränken, bei denen die Verwaltung im Kennzahlenvergleich nicht so gut weggekommen sei. Zum anderen sollten Überlegungen angestellt werden, wie sich Prozesse verändern, wenn ein Bürgerbüro eingerichtet werde. Diese Überlegungen könnten unabhängig von der Bürgermeisterwahl auch jetzt schon angestellt werden. Außerdem wäre eine prozessgesteuerte Untersuchung kostengünstiger.

Herr Brockamp gibt zu bedenken, dass durch den Einbau des Aufzuges auch Strukturen verändert werden und noch nicht absehbar sei, wann der Umbau beendet sein wird. Für die Mitarbeiter sei es doch unzumutbar, während dieser Zeit auch noch an der Erstellung eines Organisationsgutachtens mitzuwirken.

Herr Geuking meint, dass man sich doch nichts vergebe, wenn die Entscheidung in die Zeit gestellt werde. Heute sollte kein Beschluss gefasst werden, damit man ruhig und besonnen überlegen könne, was überhaupt gewollt sei und vielleicht könnten auch noch zusätzliche Angebote eingeholt werden.

Frau Dirks stellt den Beschlussvorschlag des HFA zur Abstimmung. Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Entscheidung über Erstellung eines Organisationsgutachtens wird vertagt. In einem Jahr ist erneut hierüber zu beraten.

Stimmabgabe: 14 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen

3. **Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Billerbeck**

Den Ratsmitgliedern liegt als Tischvorlage die überarbeitete Geschäftsordnung vor.

Herr Geuking schlägt vor, im § 6 Abs. 2 (Öffentlichkeit der Ratssitzungen) die Öffentlichkeit bei den aufgeführten Angelegenheiten nicht grundsätzlich auszuschließen und deshalb das Wort „wird“ durch „kann“ zu ersetzen.

Herr Messing verweist auf die Gemeindeordnung, nach der die Öffentlichkeit bei den aufgeführten Angelegenheiten auszuschließen ist. Diesbezüglich gebe es keinen Spielraum.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Geschäftsordnung wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Stimmabgabe: 25 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

4. **Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Kreis Coesfeld und den Städten und Gemeinden zur Beteiligung an den Kosten der Pestalozzischule (Förderschule -Lernen)**

Herr Messing geht auf Nachfrage von Herrn Tauber auf die finanzielle Situation ein und teilt mit, dass nach jetzigem Stand nicht zu erwarten sei, dass an der Pestalozzischule umfangreiche Investitionen getätigt werden müssen.

Herr Tauber bittet dennoch darüber nachzudenken, in den Vertrag eine Klausel aufzunehmen, dass Investitionen nur nach Absprache und wenn die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, möglich seien. Darüber hinaus merkt er kritisch an, dass die Vereinbarung dem Schul- und Sportausschuss am 05.03.2015 zur Beratung vorgelegt wurde, evtl. Änderungsvorschläge dem Kreis Coesfeld aber bereits bis zum 25.02.2015 vorgelegt werden sollten.

Frau Dirks und Herr Messing teilen mit, dass alle Fristen eingehalten wurden.

Frau Mollenhauer merkt an, dass es zwar gut sei, wenn man sich über die Finanzen Gedanken mache, es aber in erster Linie doch um den Bestand der Pestalozzischule gehe. In der Schul- und Sportausschusssitzung sei von den Fachleuten darauf hingewiesen worden, dass nicht für jedes Kind eine integrative Beschulung das Beste sei.

Beschluss:

Der öffentlich-rechtliche Vertrag zwischen dem Kreis Coesfeld und der

Stadt Billerbeck zur Beteiligung an den Kosten der Pestalozzischule – Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen – des Kreises Coesfeld wird abgeschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. 42. Änderung des Flächennutzungsplanes und 4. Änderung des Bebauungsplanes "Darfelder Straße"

hier: Ergebnis der Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen und

Ergebnis der Auswirkungs- und Verträglichkeitsanalyse für die Erweiterungsplanung des ALDI

Herr Tauber stellt fest, dass mit dem anstehenden Beschluss die planungsrechtlichen Grundlagen für einen neuen Aldi-Markt geschaffen werden. Der Focus der SPD-Fraktion habe seit Beginn der Diskussionen immer darauf gelegen, Aldi zu erhalten und zu bestärken. Das habe man nun erreicht, Aldi habe ein klares Votum für Billerbeck abgegeben und könne nun die neue Firmenphilosophie umsetzen. Sicherlich würde sich auch die SPD-Fraktion im umliegenden Bereich einen Bäcker und Metzger wünschen. Aber hier seien die Gewerbetreibenden gefragt, entsprechende Anträge vorzulegen. Er würde solche Anträge im Rahmen der planungsrechtlichen Möglichkeiten befürworten.

Herr Schlieker führt aus, dass die Auswirkungs- und Verträglichkeitsanalyse deutlich gezeigt habe, dass jede weitere Diskussion über einen Drogeriemarkt oder sonstige Geschäfte im Bereich Aldi obsolet seien. Er freue sich, dass umfangreich über einen Bäcker und Metzger diskutiert wurde; Herr Schrader von der BBE-Handelsberatung habe aufgezeigt, dass es Möglichkeiten gebe. Er würde sich auch wünschen, wenn die Initiative von Gewerbetreibenden ausgehe.

Herr Walbaum befürwortet den Beschlussvorschlag, damit die elende Diskussion um einen Drogeriemarkt an dem Standort endlich ein Ende habe. Im Übrigen sollte angesichts der bisherigen Diskussion vielleicht noch einmal über die im Lageplan vorgesehenen Baumhasel an der Darfelder Straße nachgedacht werden.

Herr Knüwer erklärt, dass er sich schwer tue, den Beschlussvorschlag mitzutragen, er werde ihn aber trotzdem mittragen. Er habe schon erläutert, dass er nicht nachvollziehen könne, warum ein Bäcker und Metzger auf dem Aldi-Gelände nicht angesiedelt werden können.

Herr Kösters legt dar, dass die CDU immer gewollt habe, dass Aldi an dem jetzigen Standort und auch in Billerbeck bleibe. Was ihn aber ärgere, sei dass Bäcker und Metzger dort nicht bleiben können. Er könne sich vorstellen, dass diesbezüglich die Initiative nicht nur von den Gewerbetreibenden ergriffen wird, sondern auch die Verwaltung nach entsprechenden Flächen sucht.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplanänderung zur Ausweisung eines Sondergebietes mit einer Verkaufsfläche von maximal 1.000 qm auf den Weg zu bringen. Hierzu wird von der Verwaltung ein geeignetes Planungsbüro ausgesucht. Die Kosten für die Planung übernimmt der Vorhabenträger.

Stimmabgabe: einstimmig

**6. 1. Änderung des Bebauungsplanes "Sandbreide/Josefstraße"
hier: Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den im Sachverhalt beschriebenen Vorgaben einen städtebaulichen Vertrag mit dem Bauherrn zu schließen und einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten.

Stimmabgabe: 17 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen

**7. 6. Änderung des Bebauungsplanes "Industriegebiet Hamern"
hier: Errichtung eines dreigeschossigen Bürogebäudes**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die 6. Änderung des Bebauungsplanes „Industriegebiet Hamern“ entsprechend den Ausführungen vorzubereiten.

Stimmabgabe: einstimmig

**8. Antrag der CDU Fraktion vom 12.11.2013
hier: Fairtrade in der Stadt Billerbeck**

Auf Vorschlag von Herrn Tauber wird der Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten präzisiert und ergänzt.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Die Stadt Billerbeck beteiligt sich an der Kampagne „Fairtrade-Towns“ und strebt die Zertifizierung und die Erlangung des Titels „Fairtrade-Stadt“ an.
2. Bei allen Rats- und Ausschusssitzungen sowie im Büro der Bürgermeisterin wird zukünftig Kaffee und mindestens ein weiteres Produkt aus dem Fairen Handel verwendet.
3. Zur Erlangung des Titels „Fairtrade-Stadt“ wird die Verwaltung zu einem Treffen der Steuerungsgruppe einladen.
Es sollen 100% fair gehandelte Produkte (z. B. die Monoprodukte

Kaffee und Tee) gegenüber Mischprodukten den Vorzug haben. Falls Mischprodukte vom Handel gewünscht werden, sollen diese einen hohen Fair Handelsanteil (mehr als 50%) haben.

4. Die Steuerungsgruppe erstattet im Ausschuss einmal jährlich Bericht.

Stimmabgabe: 25 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

9. Antrag der SPD-Fraktion vom 09.01.2015 zur Entsorgung von Laub- und Baumfruchtabfällen städtischer Bäume

Herr Knüwer wirft die Frage auf, ob aufgrund des Beschlussvorschlages nicht die Satzung geändert werden müsse.

Frau Dirks antwortet, dass zunächst abgewartet werden sollte, ob und wie das Angebot mehrere Biotonnen erhalten zu können, von den Bürgern überhaupt angenommen werde.

Herr Brockamp weist darauf hin, dass den Bürgern auf Wunsch bisher auch schon zwei Biotonnen zur Verfügung gestellt worden seien. Er glaube nicht, dass jemand, der nicht im Dreitelkamp wohne, ermessen könne, wie groß die anfallenden Mengen seien. Es sei schade, dass wegen eines ideologischen Tunnelblickes keine bürgernahe Lösung gefunden wurde.

Herr Tauber möchte den Beschluss dahingehend erweitern, dass nach dem nächsten Herbst eine Evaluation durchgeführt wird. Danach könne man sehen, ob weitere Maßnahmen, wie z. B. eine Satzungsänderung, erforderlich seien.

Herr Dr. Meyring gibt zu bedenken, dass nach seinem Kenntnisstand Baumhasel nicht jedes Jahr, sondern nur alle zwei Jahre einen hohen Fruchtstand aufweisen. Er bitte die Verwaltung dieses zu prüfen.

Frau Dirks sagt zu, auf jeden Fall nach dem nächsten Herbst zu berichten. Dann habe sie auch die von Herrn Dr. Meyring gewünschte Information.

Herr Schlieker hält dem Vorwurf des „ideologischen Tunnelblickes“ entgegen, dass die Diskussion und auch das im Ausschuss erzielte Ergebnis sehr pragmatisch und im Sinne der Bäume und Anwohner seien.

Herr Geuking glaubt dagegen, dass die beschlossenen Maßnahmen nicht viel bringen werden. Aufgrund des demografischen Wandels könnten diese evtl. eine Zwischenlösung, aber keine Dauerlösung sein. Die Bäume gehörten dort nicht hin und die abfallenden Früchte stellten außerdem eine Gefahr für die Bürger, insbesondere mit Rollatoren dar. Langfristig sollten diese Bäume im Innenstadtbereich ausgetauscht werden.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Den Anliegern von Straßen mit Bäumen im Innenbereich (laut der Sitzungsvorlage beigefügten Liste) werden auf Antrag zusätzliche Bioabfallgefäße kostenlos zur Verfügung gestellt, wobei die erstmalige Auslieferung ebenfalls kostenlos erfolgt.

Darüber hinaus soll unter Beteiligung der betroffenen Anwohner des Dreitelkamps eine angemessene, zeitnahe Regelung für die Laub- und Baumfruchtentsorgung (Haseln) getroffen werden.

Nach dem nächsten Herbst wird eine Evaluation durchgeführt. Dann ist auch über die Vegetation der Baumhasel zu berichten.

Stimmabgabe: 25 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

- 10. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.03.2015
hier: Nutzung von Laub-, Holz- und anderen biologischen Abfällen**
Nach kurzer Erörterung fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird an den Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

- 11. Mitteilungen**

- 11.1. Hochstehende Gullideckel Osterwicker Straße - Herr Messing**

Zu einer Anfrage von Frau Ueding in der letzten Sitzung des Ausschusses für Generationen und Kultur teilt Herr Messing mit, dass es sich um einen abgesackten Schacht handle. Die Schachtabdeckungen würden an einem turnusmäßig stattfindenden Sanierungstag angehoben und reguliert, dafür seien Spezialtechniker nötig. Eine Verkehrsgefährdung werde zurzeit nicht gesehen.

- 11.2. Geschwindigkeitsbegrenzung Thumanns Mühle - Herr Messing**

Zu einer Anfrage von Herrn Kösters teilt Herr Messing mit, dass in der Ratssitzung am 11.12.2014 bereits mitgeteilt worden sei, dass die Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h nur für die Dauer der Brückenerneuerungsarbeiten angeordnet wurde.

Die Anfrage sei seitens der Verwaltung aufgegriffen und ein Antrag auf dauerhafte Anordnung der 50 km/h auf der K 38 (Teilstück vor der Einmündung in die L 506) gestellt worden.

Mit Schreiben vom 19.02.2015 habe die Straßenverkehrsbehörde nach Beteiligung der Polizei und des Straßenbaulastträgers den Antrag abge-

lehnt. Als Begründung führe der Kreis u. a. die fehlende erhebliche Gefahrenlage und überörtliche Bedeutung der Kreisstraße an.

11.3. Sitzungskalender - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass die ursprünglich für den 30.04.2015 geplante Rechnungsprüfungsausschusssitzung auf den 23.04.2015 verlegt worden sei.

12. Anfragen

12.1. Hundekot - Frau Köhler

Frau Köhler fragt an, ob es möglich sei, mehr Tütenspender und Abfallbehälter aufzustellen, ob Bürger diese beantragen können und ob die schwarzen Hundekot-Tüten nicht gegen orangefarbene ausgetauscht werden können, damit sie sofort auffallen.

Herr Messing gibt zu bedenken, dass signalfarbene Tüten stark auffallen und es nicht möglich sei, die Intervalle der Säuberungen zu erhöhen. Falls bestimmte Bereiche mit Abfallbehältern unterversorgt sein sollten, bitte er um entsprechende Hinweise, damit dort nachgerüstet werden könne.

Frau Köhler weist darauf hin, dass Lusekammerweg und Weihgarten von Anfang bis Ende zu einem Hundeklo verkommen seien.

Herr Schlieker teilt mit, dass er von einem Anlieger angesprochen worden sei, der sich über die Tüten aufgeregt habe, weil sie nach Gebrauch einfach weggeworfen würden. Zumindest in erreichbarer Nähe eines jeden Tütenspenders sollten deshalb auch Abfallbehälter stehen.

Frau Dirks teilt mit, dass verwaltungsseitig genau diese Strategie verfolgt werde.

Frau Schulze Wierling weist darauf hin, dass Hundekot auf dem Johannis-schulgelände für ein großes Ärgernis Sorge. Dort gebe es keinen Tütenspender, weil das Schulgelände nicht für Hunde gedacht sei. Dennoch verlaufe dort ein öffentlicher Weg, deshalb bitte sie um Überprüfung, ob dort nicht etwas getan werden könne.

Das wird verwaltungsseitig zugesagt.

12.2. Breitbandversorgung - Frau Bosse

Auf Nachfrage von Frau Bosse berichtet Frau Dirks über die Versorgung Billerbecks mit Glasfaserleitungen.

12.3. Zustand des Berkelwanderweges - Herr Knüwer

Herr Knüwer weist auf den schlechten Zustand des Berkelwanderweges im Bereich der alten Kläranlage Osterwicker Straße hin.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu.

12.4. OVG-Urteil i. S. Windkraft - Herr Kösters

Herr Kösters bezieht sich auf ein aktuelles Urteil des Oberverwaltungsgerichtes, in dem Genehmigungsbescheide für die Errichtung zweier Windräder in einer Windvorrangzone in Sendenhorst aufgehoben wurden. Er bitte, ggf. in der Bezirksausschusssitzung zu berichten, welche Auswirkungen dieses Urteil auf Billerbeck habe.

12.5. Reinigung der Kanaleinläufe - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring möchte wissen, ob es einen Plan gebe, wann und wie Kanaleinläufe an öffentlichen Straßen gereinigt werden. Einige Einläufe würden offensichtlich nie gereinigt, so z. B. an Wegen zwischen Grundstücken.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Einläufe einmal im Jahr durch ein Unternehmen gereinigt würden und dem Unternehmen auch ein Plan mit den Straßenabschnitten vorliege. Falls Einläufe nicht gereinigt würden, bitte er um entsprechende Hinweise.

12.6. Bürgersteige in der Innenstadt - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass einige Bürgersteige in der Innenstadt sehr schlecht mit Rollatoren oder Rollstühlen befahrbar seien, weil der Belag sehr uneben sei. Sie bitte um regelmäßige Überprüfung des Zustandes der Bürgersteige.

Herr Mollenhauer führt aus, dass ein städt. Bediensteter regelmäßig die Straßen abgehe. Größere Schäden würden selbstverständlich beseitigt und entsprechenden Hinweisen auf gravierende Schäden werde sofort nachgegangen, es könnten aber nicht alle kleinen Unebenheiten beseitigt werden.

12.7. Verbindungsweg zwischen Berkelwanderweg und Dreitelkamp - Herr Walbaum

Herr Walbaum führt an, dass der Verbindungsweg mit Grobschotter versehen wurde und fragt nach, ob es sich dabei um den Endausbau handle oder ob noch eine weitere Schicht aufgetragen werde.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass der Weg noch endgültig hergerichtet werde, so dass er auch mit Rollatoren oder Rollstühlen befahren werden könne.

12.8. Hygiene an Schulen - Herr Tauber

Herr Tauber führt aus, dass erfreulicherweise für die Erneuerung der Toilettenanlage an der Johannisschule Mittel bereitgestellt worden seien und erkundigt sich, ob der Verwaltung eine ähnliche Problematik an der Ludgerischule bekannt sei. Dort solle es massive Proteste gegeben haben. Er fragt nach, wie man damit umgehen wolle. Des Weiteren wolle er wissen, ob die Schulleitung über die Erneuerung der Toiletten informiert worden sei.

Frau Dirks bestätigt, dass ein Schreiben der Schulpflegschaft vorliege. Des Weiteren habe es Beschwerden von Klassen der Ludgerischule gegeben. Daraufhin habe ein Ortstermin stattgefunden. Es habe sich herausgestellt, dass keine defekte Einrichtung, sondern eine unsachgemäße Nutzung ausschlaggebend für die Geruchsbelästigung gewesen sei. Dass die Toilettenanlage an der Johannisschule erneuert werde, sei dem Schulleiter mitgeteilt worden.

Bis Mitte März hätten dem Schulleiter keine Informationen vorgelegen, so Herr Tauber. Und wenn die Schulpflegschaft auf Mängel hinweise, dann müsse unmittelbar Abhilfe geschaffen und gereinigt werden.

Verwaltungsseitig wird deutlich gemacht, dass die Sache abschließend geklärt sei. Allein das Nutzerverhalten der Schüler sei für die Geruchsbelästigung ausschlaggebend gewesen. Der Hausmeister habe heute auf Nachfrage mitgeteilt, dass es sich gebessert habe. Auch ein Vertreter der Schulpflegschaft habe heute bestätigt, dass alles in Ordnung sei.

13. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Frau Petra Beil erkundigt sich, ob die Pflege und Sanierung des Berkelradweges im Bereich der alten Kläranlage in Richtung Coesfeld der Stadt Billerbeck obliege und wenn ja, wann vorgesehen sei, diesen Radweg instand zu setzen. Der Weg sei aufgrund der vielen Schlaglöcher schlecht zu befahren.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass alle Radwege regelmäßig überprüft würden und dieser Weg noch im vorletzten Jahr aufgearbeitet wurde. Er sagt Überprüfung zu.

Herr Ricker fragt nach dem Grund für den Stillstand des Straßenausbau-
baues im Baugebiet Gantweger Bach.
Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Arbeiten am Montag weiter gingen.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin